Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1930

6.6.1930 (No. 131)

Visual Library

Nr. 131 Freitag, den 6. Juni 1930 173. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Deckungsbeschlüsse des Reichskabinetts

Die Höhe der „vorübergehenden" Reichshilfe — Keine Erhöhung der Umsatzsteuer — Besserung der Finanzlage im Mai

In Berliner politischen Kreisen bezeichnet man als die beiden wichtigsten Beschlüsse, die das Reichskabinett am Donnerstag in der Deckungsfrage gefaßt hat, die **Heraufsetzung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um 1 Proz.** auf 4½ Proz. (begrenzt bis 31. März 1931) und die „vorübergehende" **Reichshilfe der Festbesoldeten** (so lautet jetzt der Ausdruck für das sogenannte Notopfer).

Die verhältnismäßig starke Erhöhung des Beitrags für die Arbeitslosenversicherung wird allerdings erheblich ausgeglichen durch die beabsichtigte **Herabsetzung der Krankenkassenbeiträge**, die nach Ansicht des Reichsfinanzministers, der bekanntlich Spezialist für diese Fragen ist, als durchaus möglich und tragbar erscheint. Die **Reichshilfe der Festbesoldeten** wird zunächst für die **drei zukünftigen Quartale** des Etatsjahres, also vom 1. Juli an erhoben werden. Sie erfaßt nicht nur die Beamten, sondern auch die Privatangestellten und wird **4 Proz. vom Einkommen** (nicht von der Steuer) ausmachen; **für die Ledigen kommen dazu noch weitere 10 Proz.** der Einkommensteuer **oder 1 Proz. des steuerpflichtigen Einkommens.** Der Besteuerungszuschlag für **Tantiemen** von Aufsichtsratsmitgliedern soll erheblich höher liegen.

Interessant ist an den Beschlüssen des Reichskabinetts besonders auch die Feststellung, daß die **Erhöhung der Umsatzsteuer**, die man erwartet hat, nicht erfolgt. Dabei ist in der amtlichen Mitteilung ausdrücklich unterstrichen, daß die Kabinettsbeschlüsse das **Gleichgewicht im Haushalt vollkommen wieder herstellen**, beachtenswert ist, daß die Balancierung **ohne Anleihen oder Veräußerung von Reichsbesitz** erfolgt. Pläne dieser Art bestehen offenbar nur für die **Finanzierung der Arbeitsbeschaffung durch Belebung des Baumarktes, Ausbau des Straßennetzes** usw. Die Behandlung dieser Fragen im Kabinett zeigt schon, daß die Reichsregierung auch die **Aktion der Unternehmer und der deutschen Gewerkschaften** mit sehr starkem Interesse verfolgt und unterstützt.

In der Kabinettssitzung am Donnerstag kamen übrigens auch die **Schätzungen der Reichseinnahmen** wieder zur Sprache, die erfreulicherweise **sehr viel günstiger** lauten, als man erwartet hatte. Jedenfalls rechnet man damit, daß die Mindereinnahme im letzten Monat das 47-Millionen-Defizit vom April nicht erreicht. Auch die Einnahmen der **Reichspost** haben sich wesentlich gebessert.

Die **parlamentarische Erledigung der gestrigen Kabinettsbeschlüsse** wird natürlich noch einige **Schwierigkeiten** machen, sie werden in unterrichteten Kreisen aber nicht als so schwerwiegend angesehen, daß daraus für das Kabinett irgendwelche Konsequenzen bestehen. Den Grund dafür sieht man vor allem darin, daß die Beschlüsse des Kabinetts **keine neuen Steuern über die bisherigen Projekte hinaus** enthalten, und daß die vorübergehende Reichshilfe nicht einseitig auf die Beamten beschränkt bleibt.

Mit der Erledigung dieser Fragen durch das Kabinett beginnt politisch die eigentliche **Pfingstpause.** Der Reichskanzler wird übrigens heute zu einem kurzen Erholungsurlaub nach Mitteldeutschland reisen.

*

Über die geplanten **Maßnahmen zur Belebung des Arbeitsmarktes** wird mitgeteilt:

Das Reichskabinett legt entscheidendes Gewicht auf die Wiedereinbeziehung von Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozeß durch Einleitung **größerer**, der wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechender **Arbeiten.** Die **Reichspost** wird in der nächsten Zeit eine umfangreiche Auftragserteilung über das bisher vorgesehene Maß hinaus vornehmen. Mit der **Reichsbahn** werden heute die eingeleiteten Verhandlungen mit dem Ziele fortgesetzt, sie gleichfalls in die Lage zur Verteilung bringender Aufträge zu versetzen. Verschiedene Wege hierzu erscheinen gegeben.

Der **Kleinwohnungsbau** an denjenigen Orten, an denen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ein dringendes Bedürfnis bejaht werden kann, und an denen gleichzeitig besonders große Arbeitslosigkeit vorliegt, wird durch zur Verfügungstellung zusätzlicher Mittel gefördert werden. Es ist im laufenden Jahre der weitere Bau von 35 000 bis 40 000 Wohnungen vorgesehen, welcher bis 150 000 Bauarbeitern Arbeitsgelegenheit verschafft. Das Kabinett hat die Vorlegung eines Gesetzes beschlossen, das den Reichsarbeitsminister zu allgemeinen Anordnungen ermächtigt, durch welche die zweckmäßige Verwendung der zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel und **tragbare Mieten** für die minderbemittelte Bevölkerung sichergestellt werden. Diese Grundsätze sollen bereits bei der Vergebung des zusätzlichen Bauprogramms Anwendung finden. Dabei wird der von dem Kabinett für die Wirtschaft im ganzen als notwendig angesehene Gesichtspunkt einer **Herabsetzung von Kosten und Preisen** für das Gebiet der Bauwirtschaft mit Nachdruck verwirklicht werden.

Ein allgemeines Straßenbauprogramm, das den notwendigen Ausbau des vorhandenen Netzes vorsieht, ist in Aussicht genommen. Die Beschaffung der Mittel wird vorbereitet.

Die Sitzung des Kabinetts am Donnerstag schloß mit der Prüfung der vom Reichsfinanzminister vorgelegten **Ausgabensenkungs-** und **Spargesetze.** Es erklärte sich mit ihren Grundzügen einverstanden. Eine zweite Lesung und Beschlußfassung über die Einzelheiten wird in einer Sitzung unmittelbar nach Pfingsten stattfinden.

Letzte Nachrichten

Besserungsanzeichen für die Konjunktur

Ansteigen der Steuereingänge — Die Post als Barometer

M. Berlin, 6. Juni. (Priv.-Tel.) Im Reichskabinett ist gestern eine gewisse optimistische Auffassung über die Wirtschaftslage zum Durchbruch gekommen. Die Ursache davon liegt einmal im Ansteigen der Steuereingänge während des Monats Mai gegenüber dem April, und zwar soll es sich immerhin um ganz erhebliche Beträge handeln. Ferner hat die Post erklärt, daß ihre Einnahmen sich vergrößert haben. Die Post ist erfahrungsgemäß ein Barometer für die Wirtschaft. Ihre Einnahmen sinken schon, ehe die Konjunktur sich verschlechtert, sie erhöhen sich, sobald die ersten Anzeichen für eine Besserung der Konjunktur vorhanden sind.

Die „Reichshilfe" der Festbesoldeten und Ledigen

4 bzw. 5 Prozent vom Einkommen

CNB. Berlin, 6. Juni (Priv.-Tel.). Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald verbreitete sich heute mittag vor der Presse des näheren über die gestrigen Beschlüsse des Reichskabinetts. Daraus ist von besonderer Bedeutung, daß das, was bisher über die vorübergehende Reichshilfe der Festbesoldeten und Ledigen bekannt geworden ist, nicht zutrifft.

Der Zuschlag für die Festbesoldeten wird nicht auf die Einkommensteuer, sondern auf das Einkommen erhoben, und zwar beträgt er 4 Proz. Der Einkommensteuersatz wird damit für die betroffenen Kreise von 10 auf 14 Proz. erhöht, das bedeutet eine 40prozentige Erhöhung. Dieser Zuschlag wird von allen Beamten erhoben, dagegen nur von den Angestellten der Privatwirtschaft, deren steuerpflichtiges Einkommen die Grenze von 8000 RM überschreitet. Dazu kommt dann noch der bereits gemeldete Zuschlag für die Ledigen, so daß der Einkommensteuersatz für sie 15 Proz. beträgt. Die vorübergehende Reichshilfe ist begrenzt vom 1. Juli 1930 bis zum 31. März 1931, also für die drei noch ausstehenden Quartale des Etatjahres.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm

Gegen den überhöhten Baukostenindex

M. Berlin, 6. Juni. (Priv.-Tel.) Das zusätzliche Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung soll vorwiegend in den Bezirken zur Durchführung gebracht werden, in denen die größte Arbeitslosigkeit und die dringendste Wohnungsnot besteht. Es sollen auch weiterhin überwiegend Wohnungen hergestellt werden für die breiten Arbeiterschichten und für Kinderreiche zu Mietpreisen, die diese auch aufzubringen vermögen.

Vor der Inangriffnahme des zusätzlichen Wohnungsbauprogramms sollen der Reichswirtschaftsminister, der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister mit den Baustoffinteressenten, den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften des Baugewerbes Verhandlungen darüber führen, wie der Baukostenindex, der seit langer Zeit um 20—30 Proz. über dem allgemeinen Teuerungsindex liegt, diesem angenähert werden kann. Es ist auf die Dauer nicht vertretbar daß ein Gewerbe mit öffentlichen Mitteln bedacht (im letzten Jahre sind 85 Proz. aller Neubauwohnungen mit Zuschüssen aus der Hauszinssteuer hergestellt worden) und dabei ungewollt dazu beigetragen wird, für dieses Gewerbe einen erhöhten Sonderindex zu stabilisieren.

Die Post soll für 120 Millionen Neubeschaffungen vornehmen, und zwar in erster Linie für den Fernsprechdienst, Kabeldienst, Telegrammdienst, die Fahrzeugbeschaffung (Bahnpostwagen, Lastwagen). Auch soll die Post Siedlungshäuser erstellen.

Wirtschaftliche Umschau

Lohn- und Preisabbau — Nordwestdeutsches Eisen — Mansfeld-Kupfer — Badische Nebenbahnen

Das Thema **„Lohnabbau"** kann im Zusammenhang mit dem anderen Thema „Preisabbau" nicht aus den Debatten verschwinden, denn einmal hat Deutschland tatsächlich höhere Selbstkosten als die meisten andern Länder, mit Ausnahme von England und Amerika, sowohl durch die hohen öffentlichen Abgaben, wie auch in einzelnen Produktionszweigen durch übersteigerte Löhne, und zum zweiten ist bei der öffenlichen Finanzlage auf der Steuer- und Abgabenseite wenigstens gegenwärtig kaum eine Entlastungsmöglichkeit vorhanden, und bei der schlechten Konjunktur und der großen Arbeitslosigkeit muß sich naturnotwendigerweise schon nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage eine Tendenz zur Lohnsenkung ergeben. Es liegt ja so, daß Lohnsenkungen die Möglichkeit zu weiterer Beschäftigung und auch zu Wiedereinstellungen ergeben, während eine künstliche, mit der Wirtschaftslage und der Konkurrenz des Auslandes nicht zu vereinbarende Hochhaltung der Löhne eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit und Stillegungen zur Folge haben muß. Dabei muß man sich freilich auch darüber klar sein, daß Lohnsenkungen **kein Allheilmittel** sind, und daß auch falsche Investitionen, Dispositionen, Übersteigerung der Kapazität in manchen deutschen Produktionszweigen schuld an deren schwieriger Lage und die Verhältnisse nichts weniger als gleichartig gelagert sind.

In Deutschland sind die Großhandelsziffern seit Jahresfrist nur um rund 8 Proz. zurückgegangen, in der Schweiz um 11, in England um 13, in Frankreich um 15 und in Italien sogar um 26 Proz.! Wenn sich bei den **Fertigwaren** der Preisrückgang für die **Rohstoffe** nicht genügend auswirkt, so liegt diese geringe Beweglichkeit vor allem an den auf den deutschen Produkten liegenden, vorerst kaum irgendwo sinkende Tendenz zeigenden Lasten und Abgaben. So muß der Zwang, zu produzieren, um das deutsche Volk ernähren zu können, naturgemäß auf der anderen Seite auf die Löhne drücken.

*

In der **Eisenindustrie** gab es zunächst den Fall des **Stahlwerks Becker,** bei dem die Belegschaft selbst, wie seinerzeit gemeldet, das Angebot einer 10- bis 15prozentigen Lohn- und Gehaltskürzung bei den übertariflichen Löhnen gemacht hatte, um die Weiterführung des Betriebs zu sichern. Zu einer völligen Einigung kam es nicht, da nicht alle Bedingungen der Arbeitnehmer erfüllt werden konnten. Der Stahlwerksverband hatte nämlich dieses bisherige Außenseiterwerk mit dem Zweck einer weitgehenden Stillegung erworben. Immerhin hat sich die Werksleitung verpflichtet, das Werk in abgebautem Zustand bis 31. März des nächsten Jahres weiterzuführen.

Nun hat die **nordwestliche Eisenindustrie** vom Schlichter einen Schiedsspruch erwirkt, der eine **Kombination von Lohn- und Preissenkung** enthält. In der Eisenindustrie sind über die Hälfte der Arbeiter übertariflich entlohnt. Vor dem Schiedsspruch, der die Unabänderlichkeit der bisherigen Akkordsätze aufhob, gaben die Arbeitgeber die Zusicherung, daß die Herabsetzung der **übertariflichen** Löhne nicht mehr als 10 Proz. der Gesamtlohnsumme betragen werde, und daß die Herabsetzung nur erfolge, wenn einen Monat vorher ein **Preisabbau** in der Eisenindustrie durchgeführt sei, der mindestens dem Ausmaß der zu ersparenden Lohn- und Gehaltssumme entspreche. Von der Preisherabsetzung sei eine Belebung des Absatzes und dadurch ein Fortfall der Feierschichten zu erwarten. Ähnliche Pläne bestehen bei der zweiten großen Schlüsselindustrie Westdeutschlands, dem **Ruhrbergbau,** der gleichfalls in irgendeiner Form an eine derartige Kombination von Lohn- und Preisabbau denkt. Hier läuft der mit zweimonatiger Frist kündbare Lohntarif noch bis September, und es sollen nun Besprechungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattfinden. Würden Kohlenbergbau und Eisenindustrie sich tatsächlich zu derartigen Preissenkungen entschließen können, so würde das in der Tat imstande sein, eine fühlbare Konjunkturbelebung zu bewirken, vorausgesetzt, daß solche Erleichterungen für die Wirtschaft — es sei nur an das Baugewerbe gedacht — nicht durch neue Steuer- und Tariferhöhungen aufgezehrt werden.

Bei der Aktion handelt es sich vorerst nur, wie gesagt, um den Abbau der übertariflichen Spitzenlöhne, nicht um

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

eine Senkung der Mindestlöhne, die gewiß auch nicht schematisch auf andere Produktionszweige wird übernommen werden können. Zunächst ist aber die Sachlage die, daß zwar die Arbeitgeber den Schiedsspruch entsprechend ihrem vorherigen Angebot, angenommen, **sämtliche** Arbeitnehmerorganisationen ihn aber abgelehnt haben, und zwar mit der Begründung, daß die Unternehmererklärung keine Gewähr für einen zwingenden allgemeinen Preisabbau gebe. Der Hirsch-Dunkersche Gewerkverein, der auch auf die hohen Einkommen der Direktoren usw. aufmerksam macht, verlangt zum mindesten die Schaffung einer paritätischen gesetzlichen Kontrollinstanz, die über den tatsächlichen Abbau der Verdienste zu wachen hätte. Die Arbeitgeber weisen darauf hin, daß der Eisenindex gegenwärtig 128 Proz. beträgt und weit unter dem Lohnindex stehe. Da gestern, Donnerstag abend, Nachverhandlungen zum Zweck der Verbindlichkeitserklärung ergebnislos abgebrochen wurden, liegt die Entscheidung nun beim Reichsarbeitsminister, der darüber befinden wird, ob der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wird.

*

Anders ist die Sachlage bei den **Mansfelder Kupfergruben**, die nun stillgelegt wurden, da als Antwort auf den von Arbeitgeberseite angeregten Lohnabbau die Belegschaft nicht zur Arbeit erschien, nachdem die Gewerkschaften sich gegen jede Lohnherabsetzung ausgesprochen hatten. Die Gruben der Mansfeld-AG. die einzigen Kupfergruben in Deutschland, wurden infolge des katastrophalen **Preissturzes** des Kupfers (und auch des Silbers) auf dem Weltmarkt unrentabel. Dieser Preissturz ist auf Maßnahmen des amerikanischen Kupfertrustes zurückzuführen, der nahezu 90 Proz. der Weltkupferproduktion kontrolliert, und die deutsche Produktion ist dagegen vollkommen wehrlos, so daß hier kein Zweifel an der Alternative besteht, entweder Lohnkürzungen vorzunehmen oder den Verlustbetrieb stillzulegen. Dem Mansfelder Bergbau war im vorigen Jahr vom Schlichter ein Schiedsspruch mit Lohnerhöhung auferlegt worden, den die Verwaltung als untragbar bezeichnete, da der damalige relativ gute Geschäftsgang nur auf einer vorübergehend günstigen Konjunktur beruhte, mit der es allerdings jetzt gründlich zu Ende ist. In dem Bericht des Mansfeld-Konzerns wird mitgeteilt, daß der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft auf 184,1 Proz. der Vorkriegslöhne, und seit 1927 um etwa ⅕ gestiegen ist, und daß durch eine 15prozentige Lohnermäßigung nur etwas über die Hälfte des bereits entstandenen Verlustes gedeckt werden könne. Der Konzern, der außer Kupfer noch Silber, Blei, Zinkoxyd, Schwefelsäure usw. produziert und auf den Gewinn aus diesen Nebenerzeugnissen sehr angewiesen ist, beschäftigt rund 8000 Arbeiter und Angestellte. Staatssubventionen der Mansfeld-Gruben sind bei der schwierigen Finanzlage nicht möglich. Doch versucht jetzt die Gesellschaft, um ihrem Kapitalmangel abzuhelfen, große Eigentumswerte, hauptsächlich Forsten, die an Private nur zu ungünstigen Preisen zu verkaufen wären, an den preußischen Staat zu verkaufen.

*

Der Bericht der **„Bleag"** (Badische Lokaleisenbahnen AG., Karlsruhe) zeigt **die schwierige Lage der badischen Nebenbahnen.** Die Gesellschaft, deren Aktien sich zu 95 Proz. im Besitz des Kreises Karlsruhe befinden, schließt im vorigen Rechnungsjahr trotz eines Zuschusses des Kreises in Höhe von 61 000 *RM* wieder mit einem Verlust von 85 000 *RM* ab. Sie betreibt fünf Bahnen in einer Länge von 148 Kilometern, und zwar die Albtalbahn mit der Nebenlinie nach Brötzingen, die Bahn Bruchsal—Hilsbach—Menzingen, die Bühlertalbahn, die Bahn Neckarbischofsheim—Hüffenhardt und die Bahn Wiesloch—Meckesheim—Waldangelloch, wovon die Strecke Schatthausen—Meckesheim seit 1922 stillgelegt werden mußte. Ein gleiches Schicksal drohte der Strecke Neckarbischofsheim—Hüffenhardt, das nur durch Zuschüsse des Kreises Heidelberg verhindert wurde. Die Nebenstrecke der Albtalbahn Busenbach—Brötzingen, die infolge des starken Berufs- und Stoßverkehrs und die ungünstige Trasse hohe Betriebskosten verursacht, konnte nur durch die Hilfe des Kreises Karlsruhe in Betrieb gehalten werden. Eine Stillegung dieser Strecke würde den Betriebsverlust der Gesellschaft in einen nicht unerheblichen Überschuß verwandeln. Bei dieser wie bei andern Strecken macht sich die **Konkurrenz** der **Kraftwagenlinien** besonders der **Reichsbahn**, äußerst ungünstig bemerkbar, und der Bericht der Gesellschaft wendet sich dagegen, daß öffentliche Mittel verwendet werden, um gleichfalls in öffentlicher Hand befindlichen Unternehmen, wie der Bleag, Abbruch zu tun. Auf die Dauer werde es nicht möglich sein, Bahnen dieser Art neben der Konkurrenz des Autos zu betreiben. Die Bahnen müßten dann eben stillgelegt werden, zum Schaden der Gemeinden, weil die Kraftwagenlinien den Massen- und Stoßverkehr kaum in wirtschaftlicher Weise bedienen könnten. Es sind nun weitere Sanierungsmaßnahmen für die Bleag erforderlich, mit deren Lage sich auch der Landtag und dessen Haushaltsausschuß beschäftigt haben. Das Ziel ist, die lebensfähigen Privatbahnen in Baden zu erhalten. Die Regierung hat dem Landtag eine Denkschrift über die Lage der Privatbahnen in Baden und deren Beziehungen zum Kraftwagenverkehr in Aussicht gestellt.

Schweizerische Fliegerrüstung. Der schweizerische Nationalrat hat die Vorlage des Bundesrates über den 20-Mill.-Kredit für die Anschaffung von 105 Flugzeugen und anderem Korpsmaterial für die Fliegertruppe mit 117 gegen 47 Stimmen angenommen.

Die Rückfahrt des „Graf Zeppelin"

„Graf Zeppelin" über Marseille

WTB. **Paris**, 6. Juni. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin" hat **Marseille** um 11.15 Uhr MEZ. überflogen.

*

Das Luftschiff war nach glücklicher Vollendung der Fahrt über den Ozean Donnerstag nachmittag 18.15 Uhr (MEZ.) in **Sevilla** glatt gelandet. Der Aufenthalt von nur 20 Minuten diente der Übernahme der Passagiere und der Post. Dann stieg das Luftschiff zur Weiterfahrt und Rückkehr nach Deutschland wieder auf. Um 2 Uhr früh befand sich das Luftschiff östlich von **Cartagena**, um 4 Uhr früh östlich von **Alicante**. Morgens 6 Uhr wurde **Mallorca** überflogen.

Schwere Zusammenstöße in Berlin

Eine in Berlin von den Kommunisten einberufene „Elendsdemonstration" hat am Donnerstagabend ernstere Zusammenstöße mit der Polizei zur Folge gehabt. Die Kundgebung selbst, die um ½7 Uhr an der Schloßfreiheit abgehalten wurde, verlief unter geringerer Beteiligung ruhig. Die ersten Reibereien erfolgten bei dem Abzug der Demonstranten, als die Polizei einen Teilnehmer des Zuges festnehmen wollte. Die Polizeibeamten wurden am Landsberger Platz von den Demonstranten mit Steinen beworfen und mit Stöcken geschlagen. Die Beamten griffen zum Gummiknüppel und mußten, als aus einem Gebüsch plötzlich zwei Schüsse abgefeuert wurden, von der Schußwaffe Gebrauch machen. Wie später festgestellt wurde, sind insgesamt 10 Personen ins Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert worden, davon sind 2 durch Schüsse schwer verletzt; die übrigen 8 trugen leichtere Verletzungen davon. Von den Polizeibeamten wurden vier durch Steinwürfe oder Stockschläge leicht verletzt. Die Ordnung wurde bald wiederhergestellt.

*

In **Wolfenbüttel** kam es in einer von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einberufenen Versammlung zu schweren Zusammenstößen zwischen Reichsbannermitgliedern, Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Polizei mußte mit dem Gummiknüppel vorgehen, 4 Nationalsozialisten und ein Reichsbannermann wurden erheblich verletzt.

Die französischen Radikalen gegen Zusammenarbeit mit der Rechten

WTB. **Paris**, 6. Juni. (Tel.) In der gestrigen Sitzung des erweiterten Parteivorstandes der **Radikalen Partei** beantwortete Parteivorsitzender **Daladier** Tardieus letzte Rede in Dijon. Tardieu habe darin wieder einmal an die Radikalen appelliert. Wir haben immer wieder, so sagte Daladier, seit Gründung unserer Partei betont, daß unser Ziel die **Einigung sämtlicher Republikaner** ist. Aber heute wie gestern **lehnen** wir **jede Zusammenarbeit mit der Rechten ab.** Wir verweigern jede Beteiligung am neuen nationalen Block.

Die Kämpfe in China

Nordtruppen in Schantung siegreich — Hungersnot in den Nordprovinzen

WTB. **London**, 6. Juni. (Tel.) „Daily Telegraph" berichtet aus **Peiping** (Peking): In **Tsinanfu**, der Hauptstadt der Provinz Schantung, wo 1928 die Niedermetzelung der Japaner stattfand, herrscht **Panik.** Die Stadt wird von den Nankingtruppen gehalten. Die Verteidiger haben die Brücke über den Gelben Fluß teilweise zerstört, aber es ist den Angreifern gelungen, an einer anderen Stelle überzusetzen. Die auswärtigen Gesandtschaften in Peiping haben von beiden Parteien Schutz für ihre Landsleute in Tsinanfu gefordert.

Die Armee **Feng-Yu-Siangs** meldet, sie habe einen **großen Sieg** auf allen Fronten erfochten, zahlreiche Gefangene gemacht und bedeutende Mengen Kriegsmaterial erbeutet.

„Daily Telegraph" meldet, daß in den chinesischen **Nordprovinzen** infolge **Hungersnot** über 200 000 Kinder seit Januar d. J. gestorben seien. 80 000 Frauen und Mädchen würden für je 2 oder 3 Dollars verkauft, um aus dem Erlös Lebensmittel für die übrigen Familienmitglieder zu kaufen.

Der Marsch der Afridis auf Peschawar

WTB. **London**, 6. Juni (Tel.) „Times" veröffentlichen ausführliche Meldungen aus **Peschawar** über den **Kampf der Afridis**, deren Zahl auf 7000 bis 14 000 geschätzt wird. Vorgestern spät abends bewarfen britische Militärflieger ihre Lager mit Bomben, während Kavallerie, Infanterie und Artillerie die Straße nach Bara hielt. Der „Times" zufolge haben die britischen Truppen die Lage soweit wie irgend möglich gesichert. Es sei jedoch nutzlos, die Tatsache zu verheimlichen, daß der Vormarsch auf Peschawar ein vollkommen **neues Stadium** darstelle, das voller Möglichkeiten sei. Eine spätere Meldung des Korrespondenten besagt, daß die **Afridis überall zurückweichen.**

Die englische Regierung gegen den Kanaltunnel. Premierminister Macdonald teilte im Unterhaus mit, daß die Regierung den Bau eines Tunnels unter dem Ärmelkanal **ablehne.**

Palästinakundgebung in New York. In **New York** veranstalteten etwa 25 000 Vertreter der jüdischen Bevölkerung einen Demonstrationszug als Protest gegen die angeblich von England beabsichtigte Aufhebung der jüdischen Einwanderung nach Palästina.

Kleine Chronik

Zu einer Nachricht, daß **Kürten** 50 Morde auf dem Gewissen haben soll, erklärt die **Düsseldorfer Kriminalpolizei**, daß er bis jetzt im ganzen **9 Morde** zugestanden habe. Er sei auch in diesen Fällen überführt worden. Alle anderen Nachrichten seien falsch. Gegen Kürten ist nun die **Voruntersuchung** wegen Mordes eröffnet worden.

Trotz aller Bemühungen ist es nicht gelungen, das **Seddiner Kleinluftschiff**, das, wie gemeldet, wegen Motorschadens auf der Ostsee niedergehen mußte, zu bergen. Das Luftschiff ist in den Wellen versunken und dürfte endgültig verloren sein, da das Wasser an der Unfallstelle sehr tief ist. Die drei Insassen des Luftschiffes konnten, wie bereits gemeldet, von einem deutschen Dampfer gerettet werden.

Nach der „Prawda" sind an der Meeresküste von Ochotsk in **Sibirien neue Goldfelder** entdeckt worden.

Während des in ganz **Marokko** herrschenden Unwetters ist gestern, zu dieser Jahreszeit eine beispiellos dastehende Tatsache, 100 Kilometer **südlich von Fez Schnee gefallen.**

Eine **Hitzewelle**, die in **New York** bereits seit einigen Tagen andauert, hat mehrere Todesopfer gefordert. In New-Yorker Distrikt ist eine Anzahl Personen an Hitzschlag erkrankt.

Wie aus **New York** gemeldet wird, wird an Bord des nach Europa auslaufenden Ozeandampfers **„America"** zum ersten Male eine **tägliche radiophotographische Übertragung von ganzen Zeitungsseiten** vorgenommen werden, so daß die Passagiere jeden Morgen eine vollständige Zeitung samt Inseraten und Photographien lesen können.

Aus den Ländern

Die Polizeizuschüsse für Thüringen gesperrt

M. **Berlin**, 6. Juni (Priv.-Tel.) Nachdem die thüringische Regierung sich nicht dazu entschließen kann, den Forderungen des Reichsinnenministers nachzukommen, hat dieser nunmehr heute die **Sperrung der Zuschüsse für die Polizei in Thüringen angeordnet.**

*

Aus Weimar wird berichtet, daß das mehrfach erwähnte Schreiben des thüringischen Staatsministeriums an das Reichsinnenministerium erst am Donnerstag abgegangen ist. Es wird darin mitgeteilt, daß das thüringische Kabinett noch einmal zu der **Polizeifrage** Stellung genommen und dabei festgestellt habe, daß es von seinem Standpunkt nicht abgehen könne. Heute will das thüringische Staatsministerium in einem Schreiben an den Staatsgerichtshof seine Stellung in der Frage zu dem **Schulgebetsstreit** bekanntgeben.

Die sozialdemokratische **„Eisenacher Volkszeitung"** war vom Innenminister **Frick verboten** worden. Das **Reichsgericht hat dieses Verbot aufgehoben.** Ein Artikel des Blattes hatte die Überschrift getragen: „Große Verlogenheit des Heimkriegers Frick". Minister Frick hatte in der Beleidigung seiner Person auch eine solche der Republik erblickt und daraufhin seine Maßnahme verfügt. Es hat sich jedoch das Reichsgericht auf den Standpunkt gestellt, daß die Beleidigung eines Ministers nicht die Beleidigung der Staatsform einschließe, und daß das Verbot daher zu Unrecht erfolgt sei. Die „Eisenacher Volkszeitung" will nun ihrerseits einen Schadenersatzanspruch gegen die thüringische Regierung geltend machen.

*

Allgemeines Versammlungs- und Umzugsverbot in Bayern. Das bayerische Statsministerium des Innern hat infolge der zahlreichen Zusammenstöße der letzten Monate mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres für das ganze Land alle Versammlungen unter freiem Himmel, insbesondere alle Aufmärsche, an denen sich Mitglieder von politischen Vereinigungen in einheitlicher Kleidung beteiligen, verboten.

Die Lohn- und Preissenkungsaktion

Die Verhandlungen über die große **Preis- und Lohnsenkungsaktion** zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind noch nicht abgeschlossen. Von großer Wichtigkeit ist aber die Tatsache, daß die Besprechungen zwischen der Vereinigung der **Arbeitgeberverbände** und dem **Reichsverband der Industrie**, bei denen am Montag bekanntlich Schwierigkeiten aufgetreten waren, inzwischen weitergeführt worden sind und zu einer **Einigung** geführt haben. Über den Inhalt dieser Vorschläge wird von beteiligter Seite Stillschweigen bewahrt. Es wird aber betont, daß das Ergebnis außerordentlich erfreulich sei und auf einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen mit den Gewerkschaften hoffen lasse. Diese Verhandlungen mit den **Arbeitnehmern** sollen nun nicht erst nach Pfingsten, sondern bereits heute wieder aufgenommen werden. Diese Beschleunigung wird als ein Beweis für den Ernst der Bemühungen gewertet, die solidarische Aktion der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zur Überwindung der Wirtschafts- und Arbeitslosenkrise so schnell wie möglich wirksam zu machen.

*

Aus den Kreisen der **Freien Gewerkschaften** wird erklärt, daß keineswegs an eine Erneuerung der im Jahre 1918 gebildeten Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gedacht worden sei. Es habe sich lediglich um den Versuch gehandelt, eine Übereinstimmung über die Methoden zu erzielen, mit denen die Arbeitslosenversicherung saniert und durch eine Ankurbelung der Wirtschaft die Arbeitslosigkeit überhaupt vermindert werden könnte. Dabei hätten die Freien Gewerkschaften eine Senkung der Kartellpreise gefordert, aber keineswegs einer Lohnsenkung im Sinne des Ohnhausener Schiedsspruches zugestimmt. Gegenwärtig werde sowohl im Lager der Arbeitgeber als innerhalb der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften über neue Vorschläge verhandelt.

Das Reichsmilchgesetz

wurde vom Reichsrat angenommen. Das Reich will mit diesem Gesetz die Fragen der Milchwirtschaft, vor allem von der gesundheitlichen, lebensmittelpolizeilichen und veterinärpolizeilichen Seite aus auffassen. Durch die Schaffung von **Standardware** soll der starken Einfuhr aus dem Auslande entgegengewirkt werden. Der Reichsrat hat die Regierungsvorlage, die die Abgabe von Milch im Handel ausnahmslos unter Erlaubnispflicht stellen wollte, dahin geändert, daß der Handel mit Milch in Flaschen mit festem Verschluß und die Abgabe von Milch durch den Landwirt innerhalb seiner Betriebstätigkeit nicht unter die Erlaubnispflicht fällt. Der vom Reichsrat eingefügten Bestimmung, daß das Reich den Ländern die aus dem Gesetz erwachsenden Kosten zu ersetzen hat, stimmte die Regierung nicht zu. Sie wird in diesem Falle dem Reichstag eine Doppelvorlage vorlegen.

Der Reichspräsident hat Donnerstag Berlin verlassen und sich nach seinem Besitz **Neudeck** (Westpreußen) begeben, wo er heute morgen eingetroffen ist und über Pfingsten verweilen wird.

Hochschulvorträge für die Zeitungspraxis. Die **vom Institut für Zeitungswesen** an der Universität **Heidelberg** veranstalteten Hochschulvorträge für die Zeitungspraxis am 10. bis 14. Juni beginnen am kommenden Dienstag mit einem Begrüßungsakt in der Aula der Universität. Die Kurse dienen der Aufgabe, die deutsche Zeitung in ihrer gegenwärtigen Situation und ihren künftigen Entwicklungsmöglichkeiten darzustellen und durch eine engere Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis für beide Teile wechselseitige Anregungen zu vermitteln. Die Vorträge sollen vor allem der **Förderung** der praktischen Berufsarbeit des Journalisten und Verlegers dienen.

Der „Freischütz" auf der Zoppoter Waldbühne. Auf Zoppots herrlicher Naturbühne wird in diesem Jahre am 27., 29., 31. Juli, sowie am 3. und 5. August **Carl Maria von Webers „Freischütz"** aufgeführt. Generalmusikdirektor Prof. Dr. **Max von Schillings** wird an drei Abenden dirigieren, die übrigen Vorstellungen Kapellmeister Tutein-Graz. Für die Aufführungen wurden **zwei Karlsruher Künstler** verpflichtet, Adolph Schöpflin, der den Kaspar singt, und Else Blank, der die Rolle des Annchen übertragen wurde. Außerdem sind von dem künstlerischen Leiter, Oberregisseur Hermann Merz, der auch die Inszenierung besorgt, verpflichtet worden: Ludwig Hofmann, Wilhelm Spering, Käthe Heidersbach und Waldemar Henke aus Berlin, Max Lorenz (Dresden), Gotthelf Pister (Hamburg), Tiana Lemnitz (Hannover), Henny Neumann-Knapp (Köln), Ernst Osterkamp (Leipzig), Dr. Paul Lorenzi und Witold d'Antone aus Danzig.

Badischer Teil

Die landwirtschaftliche Genossenschaftstagung in Karlsruhe

In der Generalversammlung der **Badischen Landwirtschaftsbank (Bauernbank)**, wurde mitgeteilt:

Das Unternehmen erzielte einen Reingewinn von 152 761 Reichsmark und eine Abschlußsumme von 46 844 073 *RM*. Die Genossenschaft zählte am 31. Dezember 1929 2650 Gesamtmitglieder (2245 Genossenschaften und 405 Einzelpersonen) mit 4014 Geschäftsanteilen, 4 014 000 *RM* Geschäftsguthaben und 40 140 000 *RM* Haftsummen.

Bankdirektor **Kundel** wies zum Geschäftsbericht auf die Notwendigkeit der Hypothekenzinsen hin, ohne die an einen Wiederaufbau der Wirtschaft nicht zu denken sei. Die Generalversammlung genehmigte die Anträge der Verwaltung und die Ausschüttung einer **Dividende von 8 Proz.** auf die volleinbezahlten Geschäftsanteile. Schließlich wurde noch ein Antrag angenommen, der die Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrats von 26 auf 13 verringert. — Zum Schluß fand die Versammlung der

Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft e. G. m. b. H.

statt.

Direktor **Pilger** berichtete über das letzte Geschäftsjahr. Von den Stützungsmaßnahmen habe sich bisher der Weizen- und Beimahlungszwang am wirksamsten erwiesen. Insgesamt hat die Zentralgenossenschaft für 21 280 000 *RM* Waren abgesetzt. An landwirtschaftlichen Produkten (Getreide, Kartoffeln und Heu) wurden 506 000 Zentner im Werte von rund 4 Millionen Reichsmark von den Landwirten aufgekauft und verwertet. Der Gesamtumsatz beträgt 4,8 Mill. Zentner im Werte von 25,3 Millionen Reichsmark. Von der Düngerindustrie wird eine namhafte Preissenkung erwartet. Katastrophale Verhältnisse herrschten am Futtermittelmarkt. Auch die Verwertung von Getreide und Kartoffeln hat große Schwierigkeiten bereitet. Die Regierungsmaßnahmen haben nach dem Bericht viel zu spät eingesetzt. Die Zentralgenossenschaft zählte auf Jahresschluß 1668 Mitglieder mit einer Geschäftsanteilsumme von 770 700 *RM* und einer Gesamthaftsumme von 7 707 000 *RM*. Die Bilanz, die als zusammengelegte Bilanz der früheren Freiburger Warenanstalt und der früheren Hauptgenossenschaft aufzufassen ist, schließt mit einem Reingewinn von 28 150 *RM*.

Die Räumung von Kehl

Entgegen anderen Meldungen, die von einer Räumung Kehls am 4. Juni sprachen, rechnet man in Straßburger militärischen Kreisen damit, daß die Räumung des Kehler Brückenkopfes in folgenden Etappen vor sich geht: 1. Bataillon des 170. Infanterieregiments am 10. Juni, 2. Bataillon am 25. Juni, der Rest der Truppen, bestehend aus einigen Einheiten des Regiments, wird bis zum 28. Juni in Kehl zurückbleiben und die Übergabearbeiten durchführen. Das 1. Bataillon wird in Gerardmer, das 2. in Remiremont garnisoniert werden.

Evangelische Landessynode

Die evangelische Landessynode hat in ihrer Sitzung am Donnerstag eine Erklärung zur Frage der gemischten Ehen angenommen, worin sie die Auffassungen des erzbischöflichen Hirtenbriefes vom 5. März d. J. beklagt.

Verzögerung der Arbeiten am Neckarkanal

Im vorigen Jahre bestand die Absicht, im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit im **Heilbronner Bezirk** mit den Bauarbeiten am sogenannten großen Durchstich des Neckarkanals bei Heilbronn im Herbst d. J. schon zu beginnen. Die Verhandlungen hierüber sind jedoch an den Forderungen der Gemeinde **Neckargartach** gescheitert. Der Vorsitzende des Südwestdeutschen Kanalvereins, Geh. Rat **Dr. Bruckmann**, hat sich nunmehr wegen der Wiederaufnahme dieser Verhandlungen an die zuständigen württembergischen Stellen gewandt. Die Neckarbaudirektion hat inzwischen ein neues Projekt ausgearbeitet, das die seinerzeit vorgebrachten Wünsche der Gemeinde Neckargartach bereits berücksichtigt.

Neues vom Großsender Süddeutschland

In einer Pressebesprechung erfuhr man Neues über den Ausbau des **Großsenders Süddeutschland**, der gegenwärtig bei **Dürrmenz-Mühlacker** errichtet wird. Das Senderhaus ist bereits im Rohbau fertig. Es besteht aus dem nach Westen gelegenen Sendersaal selbst, an den sich gegen Osten die Maschinenhalle anschließt. Die Antennen werden von zwei hölzernen Türmen von je 100 Meter Höhe getragen. Der Großsender selbst wird im Herbst d. J. in Betrieb genommen werden können.

Badischer Molkereiverband

In **Karlsruhe** hielt am Mittwoch der Badische Molkereiverband, Karlsruhe, seinen 35. Verbandstag ab.

Nach Eröffnung desselben durch den Verbandspräsidenten **Nerpel**, der die Führer der landwirtschaftlichen Spitzenorganisation, sowie Oberregierungsrat **Kronberger** als Vertreter der badischen Regierung, begrüßen konnte, erstattete der Direktor des Badischen Molkereiverbandes, Landwirtschaftsrat **Meßmer**, den Geschäftsbericht, aus dem u. a. zu entnehmen ist, daß das Geschäftsjahr 1929 im Zeichen der Verhandlungen zu den bereits in Angriff genommenen **Rationalisierungsmaßnahmen** stand. Der Badische Molkereiverband ist heute als einzige milchwirtschaftliche Landesorganisation mit der Vertretung der badischen Milchwirtschaft betraut. Der Rationalisierungsplan sieht für Baden **13 bis 14 größere Absatzorganisationen** vor. Eine straffe Zusammenfassung dieser Absatzorganisationen wird notwendig sein. Die Erkenntnis der Notwendigkeit des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zwecks Milchabsatzes und -verwertung drückt sich im vergangenen Jahre durch 52 Neugründungen aus. Zum Schluß des Berichts wird festgestellt, die die Vereinheitlichung im milchwirtschaftlichen Organisationswesen günstige Auswirkungen gezeitigt hat. Der Verband erkennt abschließend an, daß die Bestrebungen weitgehendst gefördert wurden durch die von seiten des Reichsernährungsministeriums und des badischen Ministeriums des Innern gewordene Unterstützung.

Den Abschluß der Tagung bildete ein Vortrag des Geschäftsführers der Bayerischen Landesbauernkammer für Marktbeobachtung und Absatzfragen, **Dr. Wittwer**, Kempten, über „Die derzeitige Lage der Milchwirtschaft".

Badischer Kriegerbund. Der 44. Landesabgeordnetentag des Badischen Kriegerbundes fand am 31. Mai und 1. Juni in **Rastatt**, der altbadischen Bundesfestung und ehemaligen Garnison, statt. Unter dem Vorsitz des Bundespräsidenten, Generalmajor a. D. **Ullmann**, wurde eine aus 17 Punkten bestehende Tagesordnung erledigt. An den Beratungen nahmen das Präsidium, 58 Gauvorsitzende, sowie Vertreter der örtlichen Behörden und auswärtigen Landesverbände teil.

Aus der badischen Industrie

Arbeiterentlassungen in Mannheim. Die Firma **Daimler-Benz** beabsichtigt, beim Landeskommissär um die Genehmigung zur Entlassung von 550 Arbeitern der mechanischen Abteilung nachzusuchen. Es handelt sich um die Auswirkung der Fusion und der Rationalisierungsmaßnahmen. Die Entlassungen dürften im Juli durchgeführt werden. Die Belegschaft wird damit auf 2000 herabgemindert. — Die **Strebelwerke** haben 30 kaufmännischen und technischen Angestellten gekündigt, die **Siemens-Schuckert AG.** 40 Angestellten. Auch bei **Stotz G. m. b. H.** wurde eine größere Anzahl Kündigungen ausgesprochen. Die Firma **Lanz** hat seit dem Spätjahr 1929 gegen 400 Angestellte abgebaut. Zur Zeit sind in Mannheim 3600 kaufmännische und technische Angestellten beschäftigungslos.

Die Singener Tagung der Badischen Heimat

Die diesjährige Landeshauptversammlung der Badischen Heimat in **Singen a. H.** fand ihren Abschluß durch eine Fahrt durch den Hegau und an den Bodensee. In Post- und Privatautos ging die Fahrt von Singen über Hilzingen, Blumenfeld nach **Engen**, wo im großen Saale des „Lamms" das Mittagessen eingenommen wurde. Hierbei entbot Bürgermeister **Dr. Miltner** den Gruß der Hegaustadt Engen. Im Anschluß daran wurde eine Kunstausstellung Hegauer Künstler im Vereinshaus besichtigt. Von Engen führte die Fahrt nach Aach an die Aachquelle und später nach **Radolfzell**, wo Bürgermeister **Dr. Blesch** die Gäste empfing. Die Teilnehmer an der Fahrt besichtigten zum Abschluß das Scheffelmuseum und die Vogelwarte auf der Mettnau. Damit fand die diesjährige Landeshauptversammlung ihr Ende.

Ueberweisung von Zeitungen nach Sommerfrischen, Kur- und Badeorten

Für die bevorstehende Reisezeit werden die nachstehenden Bestimmungen über die Nachsendungen von Zeitungen von allgemeinem Interesse sein. Anträge auf Überweisung durch die Post bezogener Zeitungen sind möglichst 3—4 Tage vor der Abreise beim Zustellpostamte zu stellen. Den Anträgen, wozu auch besondere Vordrucke, die bei den Postanstalten kostenfrei erhältlich sind, verwendet werden können, sind für jede Zeitung 50 *Rpf* in bar oder in Freimarken beizufügen. Die Rücküberweisung nach dem Heimatorte, die in jedem Falle bei der Postanstalt des neuen Bezugsortes besonders zu beantragen ist, erfolgt im Deutschen Reich gebührenfrei, wenn sie innerhalb der Bezugszeit geschieht, in der die Überweisung nach auswärts erfolgt ist. Wegen Überweisung von Zeitungen nach dem Auslande wende man sich an die Zeitungsstelle des Postamts.

Wegen der Zeitungen, die nicht im Wege des Postvertriebs, sondern durch die Zeitungsfrau usw. bezogen werden, wende man sich unmittelbar an den Verlag der Zeitung.

Tagungen

Tagung der süddeutschen Haarformer. Die im Süddeutschen Bezirksverband des Bundes Deutscher Haarformer vereinigten Haarformer hielten in **Mannheim** ihre achte Generalversammlung ab. Die Tagung selbst war vornehmlich berufswichtigen Fragen gewidmet. So wurde eine eingehende Aussprache über die Frage Vollprüfung oder Spezialprüfung geführt. Mit der Einführung einer Spezialprüfung für Haarmacher würde erreicht werden, daß z. B. nicht mehr Lehrmeister im Friseurgewerbe, die nur Herrenfriseur sind, Lehrlinge auch für Damenfriseur und Perückenmacherei ausbilden. Ein von der Ortsgruppe Karlsruhe eingebrachter Antrag auf Einschränkung der Lehrlingshaltung fand Annahme.

Friseurmeistertagung in Lörrach. Vor kurzem veranstaltete der badische Friseurmeister- und Haarformerverband in Lörrach seinen diesjährigen 23. Landesverbandstag. Die Tagung diente der Beratung zahlreicher Berufsfragen, u. a. der Verschärfung der Bestimmungen zur Ausbildung von Lehrlingen, sowohl für den Meister wie für den Lehrling, der einheitlichen Regelung der Bedienungspreise innerhalb des Landesverbandes, der Gründung einer Landesverbandszeitung. Praktische Arbeit wurde am Sonntagnachmittag durch ein großes Preisfrisieren als Leistungsansporn geleistet. Mit der Tagung war auch eine Fachausstellung und eine Warenausstellung sowie eine Fachlehrerkonferenz verbunden.

Die Bruchsaler Finanzen. Nach dem Voranschlag für 1930/31 beträgt der ungedeckte Aufwand 619 820 *RM*. Die seitherige Umlage muß von 105 auf 112 *Rpf* erhöht werden, weiter auch die Gebühren für elektrischen Strom von 45 auf 50 *Rpf*, Wasser von 20 auf 25 *Rpf*. Die Nettofürsorgelasten erreichen dieses Jahr die Höhe von 700 000 *RM*, dabei haben sich die Reichsüberweisungen und der Eingang an Gemeindesteuern verringert. — Die Stadt plant aus Gebäudesondersteuermitteln den Bau von 26 Wohnungen für kinderreiche Familien, davon wird die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft 16 Wohnungen bauen.

Der Waldshuter Brückenbau über den Rhein. Die Baudirektion des Kantons Aargau hat nunmehr die Verhandlungen mit der Badischen Wasser- und Straßenbaudirektion für einen Brückenbau über den Rhein zwischen Waldshut und Koblenz aufgenommen. Die kantonale Baudirektion hat erklärt, daß der Bau ungefähr in einem Monat bereits in Angriff genommen werden kann.

Aus der Landeshauptstadt

Reichsbahn und Pfingstverkehr. Zur Bewältigung des Pfingstverkehrs wurden von der Reichsbahn umfassende Vorkehrungen getroffen, die eine glatte Abwicklung des Verkehrs auch bei außergewöhnlichem Andrang von Reisenden sicherstellen. So sind im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe für die Zeit vom 5. bis 11. Juni insgesamt 202 Sonderzüge vorgesehen, wovon allein 49 auf Pfingstsonntag und 87 auf Pfingstmontag entfallen. 30 sämtlicher Sonderzüge sind Schnellzüge für den Fernverkehr, 6 Eilzüge und rund 160 Personenzüge für den Nahverkehr. Sie werden bei entsprechender Besetzung als Vorzüge zu fahrplanmäßigen Zügen ausgeführt. In besonders dringenden Fällen werden noch weitere Ergänzungszüge eingelegt. Daneben erhalten aber auch die planmäßigen Kurszüge durch Beistellung weiterer Wagen wesentliche Verstärkungen. Die Vorzüge werden zur Aufnahme des Anschlusses etwa verspäteter Züge nicht zurückgehalten. Sobald ein Vorzug besetzt ist, werden die übrigen Reisenden auf den Hauptzug verwiesen, damit durch Platzsuchen nicht unnötige Verspätungen entstehen. Den erhöhten Anforderungen entsprechend wird auch das Personal auf den Bahnhöfen und bei den Zügen wesentlich verstärkt. Schnelle Bedienung an den Fahrkartenschaltern und pünktliche Abfertigung der Züge auf den Bahnhöfen werden zur reibungslosen Abwickelung des Verkehrs beitragen.

Besuch aus Amerika. Unter den verschiedenen Reisegesellschaften, die zum „Badener Heimattag" nach Karlsruhe kommen werden, und die meistens aus Mitgliedern von Badener Vereinen und anderen deutschen landsmannschaftlichen Organisationen bestehen, befindet sich auch die Reisegesellschaft **„Deffaa—New York"**, welche mit einer beträchtlichen Anzahl von Teilnehmern ihren Besuch zu den Festlichkeiten in Karlsruhe angemeldet hat. Die Gesellschaft hat einen besonderen Reiseprospekt herausgegeben, worin Karlsruhe und der „Badener Heimattag" mit Bild und Text vertreten sind.

Zusammenstoß zwischen einer Rangierabteilung und einem Schlafwagenzug. Der um 3.15 Uhr Freitag früh von Karlsruhe nach Berlin fahrplanmäßig gehende Schlafwagenzug fuhr bei der Ausfahrt aus dem hiesigen Hauptbahnhof beim Stellwerk II auf eine Rangiermaschine. Durch den Anprall entgleisten beide Maschinen und der Gepäckwagen der Rangiermaschine ging in Trümmer. Die Schnellzugmaschine wurde leicht beschädigt. Der Schlafwagenzug wurde umrangiert und ging mit einer Ersatzmaschine nach 25 Minuten Verspätung weiter. Die Ursache des Zusammenstoßes dürfte auf falsche Weichenstellung zurückzuführen sein. Verletzt wurde niemand.

Einbrecher festgenommen. Vergangene Nacht gegen halb 3 Uhr wurde im Haus des Uniontheaters ein Einbrecher in der Person eines ledigen, 19 Jahre alten Hilfsarbeiters aus der Oststadt gestellt. Er hatte 225 Reichsmark in der Tasche, die er im Büroraum des Theaters aus verschlossenen Behältnissen entwendet hatte. Es handelt sich zweifellos um denselben Täter, der auch die Einbrüche in anderen Kinos verübt hat.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das europäische Hochdruckgebiet, nach dessen Einfluß in ganz Deutschland heiteres bis wolkenloses Wetter herrscht, wird sich in einem Westteil etwas verflachen. Für unser Gebiet ist daher Abflauen der östlichen Winde, verbunden mit Drehung nach südlicher Richtung zu erwarten. Hiermit steht tagsüber wieder stärkere Erwärmung bevor. Da vom Ozean eine neue Hochdruckwelle herannaht, wird die Hochdruckperiode wahrscheinlich noch einige Tage anhalten. **Voraussage für morgen:** Fortdauer der heiteren und trockenen Witterung, zunehmende Erwärmung bei leicht nach Süden drehenden Winden. Im Gebirge gegen Abend vereinzelt Wärmegewitter.

Wann, wo und was Sarrasani in Durlach-Karlsruhe aufbaut!

Trotz mannigfaltiger Schwierigkeiten wird Sarrasani nunmehr am Montag, den 16. Juni, in Durlach seine Eröffnungsvorstellung geben. Sarrasani baut auf dem **Sportplatz** auf, der groß genug ist für das Riesenunternehmen und seiner Beschaffenheit nach völlige Sicherheit für die Verankerung der riesigen Zelte und der Sitzeinrichtung für mehr als zehntausend Personen bietet.

Über das, was Sarrasani in Durlach zeigen wird, wird in der Stadt und in der Umgebung schon viel gesprochen. Das eine kann schon vorweg gesagt werden, daß bei Sarrasani alles anders ist wie bei den anderen, daß niemand seine Eigenart kopieren kann. Wer hundert Zirkusvorstellungen gesehen hat, weiß deshalb immer noch nicht, was gerade Sarrasanis Zirkus ist. In einer **einzigen Riesenmanege**, der größten der Welt, bringt Sarrasani immer gleich ganze Truppen exotischer Künstler, die anderswo einzeln oder höchstens zu dreien, vieren auftreten. Bei Sarrasani sieht man als eine Nummer 40 Chinesen, dazu 60 tanzende Chinesenmädel, eine indisch Szene mit 100 mitwirkenden Gauklern, Singhalesen, Akrobaten, Schlangentänzerinnen, Fakiren, Negern, ein Reiterspiel von 15 Tscherkessen, grusinischen Amazonen, Tataren, Kalmücken, einen japanischen Akt mit 20 der besten Artisten des Fernen Ostens, darunter den berühmten Schrägseilläufern, die man in Europa außer bei Sarrasani nicht zu sehen bekommt. Die Krone der Sarrasanischen Massenschau ist „Wild-West" mit 150 echten amerikanischen Indianern unter Häuptling „Weißer Büffel", Cowboys, Cowgirls, Rauhreitern und dem besonders schönen Indianerballet.

An Tiergruppen bringt Sarrasani seine 22 indischen Elefanten (vorgeführt vom Direktor Stosch-Sarrasani persönlich), 78 Sudanlöwen, 16 Tiger, 12 Polarbären. Pferdegruppen unter Meister Schumanns klassischem Peitschenschalg. Eine besondere Kuriosität ist das in der Hohen Schule von Meyer-Florio gerittene Kamel, während die Hohe Schule des Pferdes von Burghard-Footit, dem Letzten des großen Reitergeschlechts gezeigt wird.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Heidelberg**, 5. Juni. Bei einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Crispien** und der **sozialistischen Studentengruppe** kam es zwischen der Opposition und den übrigen Versammlungsteilnehmern zu heftigen Auseinandersetzungen, die der Vorsitzende der Versammlung dadurch zu erledigen glaubte, daß er von der Opposition die Räumung ds Saales verlangte. Dabei entstand ein Handgemenge, so daß die Polizei eingreifen mußte. Ein Nationalsozialist wurde durch Gummiknüppelschläge verletzt. Auf der Straße setzte sich der Tumult fort, so daß die Polizei schließlich die Straßen säubern mußte.

DZ. **Heidelberg**, 5. Juni. Das für den 22. Juni im Schloßhof zu Heidelberg vorgesehene **Pfälzer Weinfest** wurde aus verschiedenen Gründen nunmehr auf den Herbst verschoben.

DZ. **Lenzkirch**, 5. Juni. Die älteste Frau des Amtsbezirkes Neustadt begeht heute ihren **101. Geburtstag**. Es ist dies die Witwe **Maria Schöperle** in Lenzkirch. Der 100. Geburtstag wurde außerordentlich groß gefeiert. Drei Kinder, 17 Enkel und 29 Urenkel können der Jubilarin gratulieren.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	6. Juni Geld	6. Juni Brief	5. Juni Geld	5. Juni Brief
Amsterdam 100 G.	168.35	168.69	168.36	168.70
Kopenhagen 100 Kr.	112.04	112.26	112.01	112.23
Italien . . 100 L.	21.93	21.97	21.93	21.97
London . . 1 Pfd.	20.343	20.383	20.342	20.382
New York . 1 D.	4.187	4.195	4.187	4.195
Paris . . 100 Fr.	16.42	16.46	16.415	16.455
Schweiz . 100 Fr.	81.04	81.20	81.055	81.215
Wien 100 Schilling	59.05	59.17	59.055	59.175
Prag . . . 100 Kr.	12.422	12.432	12.424	12.444

Holzverkohlungs-Industrie AG., Konstanz. Die Hiag legt vor der Fusion mit der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt ihren letzten Geschäftsbericht vor. Danach waren die Fabriken 1929/30 zunächst gut beschäftigt, später trat jedoch ein Rückgang ein, so daß die Gesamtumsätze hinter denen des Vorjahres zurückblieben. Von dem Rohgewinn von 3,42 (3,72) Mill. Reichsmark erforderten Unkosten 2,55 (2,63) und normale Abschreibungen 0,20 (0,30) Mill. Reichsmark. Aus dem einschl. Vortrag sich ergebenden Reingewinn von 0,70 (0,85) Mill. Reichsmark sollen wieder **6 Proz. Dividende** auf die Stamm- und 7 Proz. auf die Vorzugsaktien verteilt werden.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 4. Juni d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11½ d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7777 pence.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gemeinderundschau

Achern gegen den Behördenabbau

Auf Veranlassung des Zentrumsvereins fand in **Achern** eine **starkbesuchte Protestversammlung** der Einwohnerschaft gegen die mit dem bisherigen und etwa noch bevorstehenden Behördenabbau verbundenen wirtschaftlichen Schädigungen von Stadt und Bezirk statt.

Redakteur **Habermehl** erinnerte an die vor 6 Jahren erfolgte Aufhebung des Bezirksamts. Dazu komme jetzt die Aufhebung der Amtsgefängnisse von Achern und Oberkirch, die mit denen von Bühl bzw. Offenburg vereinigt werden sollen. Es stehe zu befürchten, daß eines Tages auch das Amtsgericht Achern aufgehoben wird. Eine weitere Sorge sei die Erhaltung des Finanzamtes. Die Stadt Achern laufe Gefahr, zu einer bedeutungslosen Landgemeinde herabgedrückt zu werden. Unter allen Umständen müßten die wenigen noch in Achern vorhandenen Behörden — Amtsgericht, Notariat, Finanzamt, Wasser- und Straßenbauamt — der Stadt belassen werden.

Bürgermeister **Schechter** machte Mitteilung von einer im badischen Finanzministerium stattgefundenen Unterredung mit Ministerialrat **Kirchgeßner**, der erklärt habe, von einer angeblich beabsichtigten Wegverlegung des Finanzamts Achern sei weder dem Finanzministerium noch dem Landesfinanzamt das geringste bekannt. Beide würden für die Erhaltung des Finanzamtes Achern eintreten. Bezüglich des Amtsgerichts will die Stadtverwaltung eine Eingabe an das Justizministerium und den Landtag richten.

Eine **Entschließung wurde einstimmig angenommen** und eine Kommission bestellt, die die Finanzamtsfrage weiter verfolgen soll.

*

Der „Acher- und Bühlerbote" meldet: Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat, wie der Reichstagsabgeordnete Dr. **Hanemann** seinen Acherner Parteifreunden mitteilt, im Haushaltsausschuß die Zusage gegeben, daß die Auflösung des Finanzamtes in Achern nicht erfolgen werde.

Verkauf des Mannheimer Parkhotels? Die „N. B. L." verbreitet das Gerücht, daß das Parkhotel demnächst seine Pforten als Hotel schließen und einer anderen Bestimmung zugeführt werde. Eine große gewerkschaftliche Organisation interessiere sich für den Ankauf des Hauses. Es sei daran gedacht, einen Teil als billiges Mittelstandshotel aufrechtzuerhalten, in einem anderen, davon abgetrennt, eine Herberge unterzubringen. Außerdem sollen die bisher über die Stadt verstreut liegenden Büros der betreffenden Organisationen in dem bisherigen Hotelgebäude zentralisiert werden.

Der Bürgerausschuß Tauberbischofsheim hat den Gemeindevoranschlag für 1930 einstimmig angenommen. Die Einnahmen betragen 297 667 Reichsmark, die Ausgaben 405 010 Reichsmark, so daß ein ungedeckter Aufwand von 107 343 Reichsmark verbleibt. Der Umlagefuß ist unverändert und beträgt vom Grundvermögen 1 Reichsmark, vom Betriebsvermögen 0,50 Reichsmark, vom Gewerbeertrag 7,50 Reichsmark. Die Steuerwerte der Stadtgemeinde Tauberbischofsheim beziffern sich auf rund 8,4 Millionen Reichsmark gegen 16,9 Millionen Reichsmark im Jahre 1914. Ein Antrag auf Erhöhung der Biersteuer war mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Der Gemeinderat Eberbach beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Fürsorge für die in der letzten Zeit ständig wachsende Zahl der ausgesteuerten Arbeitslosen. Um den Wohlfahrtserwerbslosen eine Verdienstmöglichkeit zu schaffen und den Fürsorgeetat zu entlasten, wurde beschlossen, einen Teil des projektierten Waldweges im Distrikt Ledigsberg, wofür die Mittel im Voranschlag vorgesehen sind, alsbald zu bauen. Der Gemeinderat beschloß ferner die Einführung eines Sondertarifes für Gewerbegas und den weiteren Umbau eines Teiles des Ortsnetzes der Elektrizitätsversorgung der Altstadt von Aluminium in Kupfer. Die hier ansässigen praktischen Ärzte sollen alle zwei Jahre abwechselnd das Amt des Schularztes übernehmen.

Der Bürgerausschuß Schopfheim genehmigte nach eingehender Aussprache den neuen Voranschlag für das Jahr 1930, der bei 807 514 *RM* Ausgaben und 647 885 *RM* Einnahmen mit einem ungedeckten Aufwand von 159 629 *RM* abschließt. Der Fehlbetrag wird durch eine Umlage gedeckt. Im Laufe der Besprechungen teilte Bürgermeister **Heeg** mit, daß die **Papierfabrik in Schopfheim**, die nun schon eine Zeitlang stilliege, ab 15. Juni ihren Betrieb wieder aufnehmen würde und so die hohe Arbeitslosigkeit der Stadt vermindert werden könne. Ferner seien Verhandlungen über den Bau des Finanzamts im Gange.

SARRASANI

Der einzige europäische Zirkus von Weltbedeutung

Auf der Durchreise von Berlin nach der Schweiz

Nach einem Triumphzuge durch Amerika zum ersten Male in Durlach-Karlsruhe

Sarrasani ist:

Der Mann, dessen einzigartige Größe 55 ausländische Diplomaten, Reichsministerien, Staatsbehörden und die Weltpresse anerkannten.
Der Mann, der Berlin 8 Wochen lang in Atem hielt.
Der Mann mit der schönsten Zeltstadt, die je konstruiert wurde.
Der Mann mit dem größten Zirkus-Autopark der Welt: 200 Lastzüge.
Der Mann, vor dessen Zelt 15000 Lampen märchenhaft leuchten.
Der Mann, dessen Riesenzelt 10000 Zuschauer faßt.
Der Mann, der die reichsten Schätze in exotischen Tieren in aller Welt sammelte.
Der Mann, der 37 Nationen aller Zonen in seine Arena bringt.
Der Mann, der den amerikanischen Humbug der 3 Manegen nicht mitmacht.
Der Mann, der in seiner einzigartigen Riesenmanege ein Kulturprogramm zu billigsten Preisen bietet.
Der Mann, der in Amerika deutsche Arbeit zur Weltgeltung brachte.
Der Mann, der Europa die einzigen, echten Indianer zeigt.
Der Mann, um den uns Amerika beneidet.
Der Mann, der den echten deutschen Volkszirkus schuf.

16.—22. Juni

Nur 7 Tage!

Sarrasani bringt:

„Wild-West", das Massenschauspiel mit 150 Indianern, Cowboys, Cowgirls.
Das weltberühmt gewordene Berliner Festprogramm.
Den Völkerkongress in der Arena, 400 Vertreter von Nationen aller Zonen
Indianerhäuptling „Weisser Büffel", mit Kriegern, Frauen und Kindern.
Chinesen, Japaner, Tibetaner, Inder, Australier.
Brasilianer, Argentinier.
Mulatten, Kreolen.
Tscherkessen, Rifkabylen.
Marokkaner, Kongoneger.
Die verwegensten Reiter, tollkühne Fakire, die besten Artisten, die besten Clowns.
500 Tiere aller Erdteile.
22 indische Elefanten.
58 Löwen, 14 Tiger, Leoparden, Panther.
Polarbären, Kaukasusbären, Kamele.
Zebras, Stiere, Büffel, Seelöwen.
Känguruhs, Affen, Schlangen.
„Ödipus", das einzige dressierte Nilpferd.
200 Edelpferde.
Prunkballets von 80 schönen Frauen.
Massenszenen aus dem Orient.
100 Musiker.
Die berühmte argentinische Militärkapelle „Sesso".
Ein vollständiges Indianerdorf.
Das schönste Zirkusprogramm.
Die reichhaltigste Tierschau.

410

Ihren **Koffer** für Auto Bahn und Bad
vom Hersteller
in jeder Preislage! K.412
KOFFER-MÜLLER
KARLSRUHE • Waldstr. 45
Ratenkaufabkommen

Bekanntmachung.

Die diesjährige Tilgungsquote der

5%igen Kohlenwertanleihe der Badischen Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk)

ist durch freihändigen Ankauf gedeckt.

Karlsruhe, den 3. Juni 1930. K.411

Badische Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk)

O. Helmle. R. Fettweis.

Badisches Landestheater

Samstag, 7. Juni
*G 27. Th.-Gem. 1201—1300 und 1351—1400.

Vom Teufel geholt

Schauspiel von Knut Hamsun
Regie: Baumbach
Mitwirkende: Ermarth, Quaiser, Hebeisen, Jank, Seiling, Brand, Dahlen, Gemmecke, Graf, Hierl, Höcker, Kloeble, Kuhne, Mehner, Luther.

Anfang 20 Ende 22¾
Preise A (0,70—5 *RM*)

So., 8. Juni, Gastspiel Jovita Fuentes: **Madame Butterfly.**
Mo., 9. Juni, Gastspiel Josef Witt: **Der Vogelhändler.**

O.574. **Karlsruhe.** Über das Vermögen der Firma **Emil Ros**, Papiergroßhandlung in Karlsruhe, Karlstraße 34, wurde heute vormittags 8 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Dreifuß in Karlsruhe, Kaiserstr. 229. Konkursforderungen sind bis zum 23. Juni 1930 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschließung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am: **Mittwoch, dem 2. Juli 1930, nachmittags 4 Uhr,** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, I Stock, Zimmer Nr. 40. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgesonderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 23. Juni 1930 anzuzeigen.

Karlsruhe, 5. Juni 1930.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

Oeffentl. Verbandssparkasse Radolfzell.

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen.	*RM*
1. Kassenbestand	20 491,31
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postscheckamt	448 679,93
3. Betriebskapitalanteil bei Landesbank	98 200,—
4. Wertpapiere	238 297,—
5. Wechsel	195 723,24
6. Darlehen gegen Hypothek	2 377 175,46
7. Grundstückskaufgelder	192 426,36
8. Darlehen in laufender Rechnung an Private	1 143 958,49
9. Darlehen gegen Schuldschein	410 499,86
10. Darlehen gegen Faustpfand	3 050,—
11. Darlehen an Gemeinden	408 595,55
12. Aufwertungsforderungen	1 924 471,32
13. Einnahmerückstände	93 602,66
14. Grundstücke und Gebäude	1,—
15. Gerätschaften	8 727,—
	7 563 899,18

Verbindlichkeiten.	
1. Spareinlagen	3 982 509,83
2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	1 137 791,56
3. Aufgewertete Spareinlagen:	
a) Kapital	1 976 819,37
b) Zinsen bis 31. Dezember 1929	160 357,41
4. Anlehensschulden:	
a) Rentenbankkredit	87 121,56
b) laufende Guthaben der Banken	14 696,28
5. Rücklagen:	
a) gesetzlicher Reservefonds	144 959,82
b) Aufwertungsrücklage	10 956,41
6. Reingewinn vom Jahre 1929	48 686,94
	7 563 899,18

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

5% aus 5 120 301,39 *RM* =	256 015,05
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929	193 646,76
somit weniger	62 368,29

Radolfzell, den 3. Juni 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Blesch, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Fuchs, Direktor. O.566

Gewinnliste der Weimarer Naturheilpark-Geldlotterie

für Baden gültig.

Die Gewinnziehung der Lotterie erfolgte am 20. Mai 1930 öffentlich unter Aufsicht des Notars Walter Hüttich, Weimar, im Bernhardsaale des Rathauses zu Weimar. Die Auszahlung der Gewinne beginnt am 21. Mai gegen Rückgabe des Gewinnloses durch die Geschäftsstelle Weimar, Wörthstr. 37, nach erfolgter Prüfung der Lose. Es fielen:

Hauptgewinn von 1000 *RM* auf Nr. 108 081.
Gewinn je 30 *RM* auf Nr. 72 341, 73 904.
Gewinn von 20 *RM* auf Nr. 107 862.
Gewinne je 10 *RM* auf Nr. 21767, 58885, 59985, 94061, 144064.
Gewinne je 5 *RM* auf Nr. 22207, 93033, 94051, 109301, 193444, 197935, 197960.
Gewinne je 2 *RM* auf Nr. 20970, 21472, 24083, 24330, 24421, 25511, 43405, 43854, 44069, 44092, 44146, 56013, 56833, 57139, 60511, 71093, 72800, 74955, 74990, 93464, 96872, 96922, 97135, 97170, 97556, 98815, 99443, 99527, 107605, 108090, 109384, 109491, 143477, 143875, 148490, 148795, 149442, 193030, 193286, 193332, 193630, 193900, 193912, 193934, 194328, 197503. 198408, 198458, 198499, 199503.

Der 1 *RM*-Gewinn, der für sämtliche zehntausend Gewinne zu einer Reichsmark maßgebend ist, fiel auf die Nr. 91958, demnach haben alle Nummern, die mit einer 18, 38, 58, 78, 98 endigen, je eine Reichsmark gewonnen. Sollte auf diese Nummer ein höherer Gewinn entfallen sein, erhält die nächst höhere Nummer 1 *RM*. K.407

O.573. **Karlsruhe.** Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Leo Katz** in Karlsruhe, Kaiserstr. 26, ist zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin bestimmt auf: **Freitag, den 27. Juni 1930, vormittags 10 Uhr,** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 139.

Karlsruhe, 28. Mai 1930.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.

Inserieren bringt Gewinn!

Pflasterarbeiten.

Wir vergeben im öffentlichen Wettbewerb die Pflasterung der Landstraße Nr. 13 in Grötzingen mit vorhandenen Steinen.

Zeichnungen und Bedingungen liegen auf unserm Geschäftszimmer, Stephanienstraße 51, II. Stock, auf, woselbst auch Angebotsvordrucke abgegeben werden. O.575

Angebote sind bis **17. Juni 1930, vormittags 10 Uhr,** hierher einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Karlsruhe, 5. Juni 1930.

Badisches Wasser- und Straßenbauamt.

Druck G. Braun, Karlsruhe